

Was soll werden?

Je mehr man die Vorgänge im Berufsleben auf Grund der zahlreichen Aufschriften überfliehet, um so klarer wird die Erkenntnis, daß das schnelle, entschlossene und scharfe Handeln der Führung richtig war. Daran ändert auch nichts die Möglichkeit, daß in dem einen oder anderen Fall vielleicht eine Festlegung oder eine Droze vorlag, die in ruhigeren Zeiten sicher hätte vermieden werden können. Zwei stand auf dem Spiel. Es ging um die Erhaltung und Zusammenhaltung der selbständigen Berufsorganisation. Jedes Jögern hätte größere Schwierigkeiten gebracht, wie die Vorankündigung an einzelnen Orten zeigen, an denen der Kampf für den gewerblichen Mittelstand der NSDAP im Hebräer Berufsverband und Mitglieder in eine für den Gartenbau nicht zufällige Berufsgruppe der NSDAP zu bringen suchte oder auch andere untere Dienststellen der NSDAP, denen der Hebräer fehlte, zu Berufsorganisationen Anreize gab. Am engen Zusammenarbeiten mit dem für gartenbauliche Fragen zuständigen Amt für Agrarpolitik der NSDAP, hat die Führung des Reichsverbands alle Fragen sofort geklärt, daß sich in Kürze alles weitere Geschehen in völliger Ordnung vollziehen kann. In der kommenden allgemeinen berufständischen Konferenz wird der Reichsverband die Grundlage für den Aufbau der berufständischen Organisation des gesamten Gartenbaus sein. Der Gartenbau bleibt ein selbständiger Berufsstand mit eigener Vertretung. Er steht neben und nicht unter der Landwirtschaft. Mit dieser Last muß man alle rechnen, die in, mit und für den Gartenbau in allen seinen Zweigen und Formen arbeiten. Für die Führung des Reichsverbands ergibt sich daraus aber auch eine außerordentliche Verantwortung vor dem Berufsstand, und sie bedarf der intensiven Mitarbeit aller Kräfte, die irgendwie und irgendwie dem Berufsstand nach ihren Kräften nutzbar gemacht werden können.

Jede Umwälzung ist mit Härten verbunden, die den einzelnen auch einmal bitter treffen können. Solche Möglichkeiten können besonders dann ent-

stehen, wenn gehandelt werden muß, ohne Zeit durch Ums- und Kaufman zu verlieren. Um so dankbarer muß anerkannt werden, daß sich mit ganz wenigen Ausnahmen die organisatorisch notwendigen geordneten Umstellungen in den Bezirksgruppen und Landesverbänden reibungslos vollzogen haben. Das gebührt vor allem den bisherigen Vorständen, die sich in Anerkennung dieser Notwendigkeiten selbst dann nicht verzögert zurückgezogen, wenn die Entscheidungen auch ohne ihr Zutun fielen, sondern sich grundsätzlich auch für andere Stellen zur Verfügung gestellt haben und ihren Amtsnachfolgern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Dadurch, daß sich die Reichsführung die letzten Entscheidungen über die Zusammenfassung der Verbände vorbehalten hat, ergibt sich, daß einige Änderungen noch eintreten werden, die jedoch keiner Ueberberücksichtigung bedürfen. Einige Vorstände freilich sind im Irrtum, wenn sie glauben, unter Bezugnahme auf die Verlautbarung des Herrn Reichsministers Dr. Hugenberg und parteiamtlicher Stellen der NSDAP, auch Eingriffe der Führung des Reichsverbands ableiten zu können. Diese Verlautbarungen gelten nur für Eingriffe von Stellen, die außerhalb der Verbändorganisation stehen. Die Umgestaltung in den Bezirksgruppen und Landesverbänden ist demgegenüber eine interne Angelegenheit des Reichsverbands. Sie erfolgt durch die Führung des Reichsverbands, die von sich aus im Interesse des Berufsstands in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Agrarpolitik der NSDAP, gehandelt hat. Auch hier liegt also keineswegs etwa ein unzulässiger Eingriff vor.

Der revolutionäre Vorgang, der sich innerhalb des Reichsverbands in den letzten Wochen angebahnt hat, ist insoweit, wie die Mitteilungen dieser Nummer zeigen, legitimiert worden. Die in das Gefüge des Reichsverbands tief eingewirkende Änderung des § 30 der Satzung, die auf schriftlichem Wege die Zustimmung des Hauptaus-

susses gefunden hat, gibt der Reichsführung für entscheidende Maßnahmen den Weg frei, die kommen müssen, um den Reichsverband für seine künftigen Aufgaben kräftiger zu machen. Hierhin gehört auch die Zusammenlegung einiger Landesverbände oder deren Neugliederung. Die Aufgaben der Landesverbände werden in Zukunft nicht geringer, sondern größer werden. Die Notwendigkeit einer straffen Führung von oben muß in einer geordneten Dezentralisation der Arbeit nach unten ihre Ergänzung finden. Dazu bedarf es leistungsfähiger Geschäftsstellen in den Landesverbänden, wie sie von kleinen Landesverbänden nicht unterhalten werden können.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß die Mitglieder oft genug deshalb ungerechtfertigte Vorwürfe gegen die Verbandsführung erhoben, weil sie nicht genügend informiert waren, obwohl sie es bei aufmerksamem Lesen der Verbandszeitschrift oder bei regelmäßiger Versammlungsbeteiligung hätten sein können, sofern von den Gruppenleitungen, z. B. die Monatsberichte ordnungsmäßig bekanntgegeben sind. Um in Zukunft eine enger Verbindung zwischen dem einzelnen Mitglied und den Führern des Berufsstands herzustellen, wird daher auch im Reichsverband ein Organisationsfortschritt von Verbandsleitenden ausgehen werden, das jeden einzelnen Berufsstandsberechtigten zu erfassen suchen wird. Auch hierzu bedarf es arbeitsfähiger Geschäftsstellen in den Landesverbänden, die schnell und nachdrücklich zu handeln vermögen.

Zunehmender aber auch betont werden, daß sich jeder einzelne verpflichtet fühlen muß, selbst mitzuarbeiten. Wer nicht selbst zu arbeiten im Dienst am Berufsstand bereit ist, hat in Zukunft das Recht verliert, als Kritiker aufzutreten. Er bleibt dann ein unfruchtbares Mitglied, das nur Verwirrung in die eigenen Reihen zu tragen vermag. Ueber ihn wird man zur Tagesordnung übergehen, sofern nicht andere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Dr. E.

Pachtgebührentbestimmungen (Fortsetz. v. S. 1)

1. der Pächter mit dem Pächter in Bezug kommt, der nach der Entscheidung des Pacht-einigungsamts fällig wird.
2. dem Pächter billigerweise eine Fortsetzung des Pachtverhältnisses nicht zugemutet werden kann. (In diesem Falle müssen besonders wichtige Gründe vorliegen, die sich nach Entscheidung des Pacht-einigungsamts ergeben haben.)

Verlängerung des Pachtvertrags um ein Jahr kann beantragt werden, wenn

1. der Pachtvertrag in der Zeit bis zum 31. Okt. 1933 abläuft und nicht verlängert werden soll.
2. der Betrieb zwangsweise beendet worden ist und der neue Eigentümer den Pachtvertrag für einen vor dem 1. Jan. 1934 liegenden Zeitpunkt kündigt.

Auch in diesen beiden Fällen hängt die Entscheidung des Pacht-einigungsamts davon ab, ob der Pächter den Betrieb ordnungsmäßig fortführen kann. Dem Antrag braucht nicht entsprochen zu werden, wenn der Pächter den Vertrag nicht erneuert, da er den Betrieb selbst bewirtschaften will.

Endet ein Pachtverhältnis durch Kündigung oder Ablauf vor dem 15. Juni 1933, so kann der Pächter auch Verlängerung des Vertrags bis zum 31. Oktober 1933 beantragen. In diesem Falle muß der Nachweis, daß der Betrieb ordnungsmäßig fortgeführt werden kann, durch eine Bescheinigung des örtlich zuständigen Amtsgerichts erbracht werden. Verlängerung des Pachtverhältnisses ist auch hier nicht möglich, wenn der Pächter den Betrieb selbst bewirtschaften will.

Die Anträge des Pächters können nur dann abgelehnt werden, wenn

1. das Vergleichs- oder Konkursverfahren über sein Vermögen eröffnet ist,
2. nachweislich die Entschuldung des Pächters nicht möglich ist,
3. erhebliche Pachtzinsbeträge aus der Zeit vor dem 1. Jan. 1933 geschuldet werden.

Ist ein Pachtvertrag schon vor Erlaß dieser Vorschriften gekündigt oder abgelaufen, so treten die Bestimmungen auch für ihn in Kraft, es sei denn, daß der Pächter das Grundstück schon geräumt oder der Verpächter inzwischen anderweitig verpachtet hat.

Mitglieder-Stimmen zur Gegenwart

Gleichschaltung - Planwirtschaft

Dank machtvoller Leitung unseres Führers Adolf Hitler ging ein Sturmwind durch das gesamte Wirtschafts- und Organisationsleben und setzte gründlich alles alte aus Bäumen und Konjelen. Das gelagelte Wort wurde die „Gleichschaltung“. Wiedel war bisher organisiert, gerebet und gesprochen worden und wie bitter wenig war dabei an nützlicher Arbeit und Erfolg herausgekommen. In allen Organisationen war, wie bei uns im Gartenbau, oft persönlicher Ehrgeiz der Vater des Gedankens, nicht das Interesse am großen Ganzen. Darum ging es nirgends vorwärts, darum konnte sich der Gartenbau im weitesten Sinne nirgends den Einfluß bei den maßgebenden Stellen erzwingen. Der Reichsverband allein konnte sich darum nicht, bei all seiner auserwählten Mächtigkeit, durchsetzen.

Mit solchen Zuständen ist nun endgültig aufgeräumt und nachdem es möglich ist, alles in einer mächtigen Organisation durch die Gleichschaltung zusammenzufassen, wird es vornehmste Aufgabe des Reichsverbands sein, all die dringenden organisatorischen Maßnahmen an bezuener Stelle durchzusetzen, die als notwendig erkannt sind. Hierin dem Verband die reichlose und einmütige Unterstützung zu geben, ist Pflicht eines jeden deutschen Gärtners, sowie jedes Landwirts, der selbständig gartenbauliche und abbauliche Erzeugnisse bewirtschaftet.

Mit der Gleichschaltung scheint mir als wichtigste Aufgabe jeder Organisation die Durchführung der „Planwirtschaft“ untrennbar. „Planwirtschaft“ heißt „planvolles Wirtschaften“. Wir wissen genau, woan unsre gesamte gartenbauliche und landwirtschaftliche Produktion zu allemal leidet. Das ist der Sortenmangel und das gestörte Angebot der Erzeugnisse. Individualwirtschaft ist solange gut, solange der einzelne in der Lage ist, die ganze Linie der Erfordernisse richtig zu erkennen und seine Produktion danach einzurichten. Sobald aber die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft, die sich durch Erfahrung und die wissenschaftlichen Untersuchungen präzise herausfinden, nicht von jedem einzelnen Erzeuger all richtig erkannt werden und er nicht danach handelt, muß der Staat, der für eine gesunde Wirtschaft verantwortlich ist, durch die Berufsorganisationen und das Gesetz eingreifen. Nur mit diesen Mitteln hat uns das Ausland überall überflügelt können und darum unsere deutschen Märkte erodiert. Deutscher Gärtnern, deutscher Bauer, du trägst zu einem guten Teil selbst an der Entwicklung Schuld. Du hast vielfach eigenbrüselig in deinem Betrieb nach alter Art gewirtschaftet und damit nichts erreicht, ja du bist deinen fortschrittlicheren Kollegen oft hemmend in die Arme gefallen.

„Planvolle Wirtschaft“ in der Produktion, einheitliche Sorten, einheitliche Sortierung und Verpackung fördern den Absatz und damit den Betrieb. Wenn die Grundlage der Produktion „Gleichschaltung“ ist, dann werden sich auch mit einem Schlag die Sortierungen und Verpackungen nach den gegebenen Richtlinien sehr einfach durchführen lassen und viel teurer Verlaufs im Absatz wird gespart. Es erkennt ja der einzelne Erzeuger gar nicht, weil er das Wesen des Absatzes nicht kennt, wieviel Mühe und Arbeit, Zeit und Geld unnötig aufgebracht werden müssen, um die zerstückelte Produktion nur einigermaßen vernünftig auf dem deutschen Markt unterzubringen. All die Ersparnisse, die gemacht werden könnten, sitzen doch dem Erzeuger allein zu.

Nicht von ungefähr kommt es, daß sich die Spargeldkassen in diesem Jahr verhärtet der glänzend organisierten Vermögenskraft des Reichsverbands bedienen. Hier ist die Planwirtschaft durchzuführen, wie sie mir vorliegt. Dies ist der beste Beweis gebracht, daß die geschlossene Kasse der Erzeuger den Markt beeinflussen kann und in seinem Sinne regelt. Der einzelne ist nicht, er muß sich dem Takt des Händlers beugen. Die Kasse aber ist alles und der gesunde Handel weiß, daß er dieser gegenüber blühen hat, die er heute gewiß gern übernimmt. Der Handel soll und wird nicht ausgeglichen, wenn er sich nicht selbst in eine Opposi-

tion begibt, die ohne Erfolg sein mühte, wenn die Ausdauerhaft zusammenhält. Ich glaube nicht, daß er dieses Risiko eingeht. Sehr bald werden aber Bauer und Gärtner merken, daß er nur gewinnt, wenn er die persönliche Eigenbrüsel zurückstellt und sich in die große, gemeinsame Front freudig einreißt, wenn er das رهlos bei sich durchführt, was allgemein als zweckmäßig und gut eingeführt wird.

Wir unterscheiden alle, ohne Ausnahme, dem ungeschriebenen Gesetz des Marktes. Jüngern wir also dieses Gesetz durch „Gleichschaltung“ und „Planvolles Wirtschaften“, unsern Wünschen und Anforderungen gerecht zu werden. Mögen die Reichsregierung und ihre Organe richtig erkennen, wo der Hebel angegriffen werden muß und mögen sie nicht davon zurücktreten, durch geeignete Maßnahmen auch mal dem einen oder andern wege zu tun. Nur so kann der deutsche Produktion und dem Absatz deutscher Erzeugnisse wirklich mit Erfolg geholfen werden. Dann wirst du, deutscher Erzeuger, erkennen, daß es dein eigener Vorteil ist, dann wirst du freudig dich in deinem gegebenen Rahmen der Organisation unterordnen, denn du wirst durch diese den Markt befähigen, und den umgekehrten Zustand, der bis heute dauerte, überwinden.

Gustav-Adolf Haas.

Jetzt erst recht: Zusammenschluß!

Die Umgestaltung unseres Volkslebens nach der innerpolitischen Reorganisation des deutschen Reichs, erfordert von jedem Staatsbürger sowie von jeder Berufsgruppe, daß sie sich endlich einmal klar werden über ihre verbindliche Eingliederung und verantwortungsvolle Bedeutung für den Staat, bzw. für die betr. Stadt, in der sie ihre Produktion erzeugen.

Jeder Berufsgärtner muß sich also bewußt sein, daß er durch sein Wirken mitwirkend an der volkswirtschaftlichen Entwicklung seines Volks, seiner Stadt beteiligt ist und als (ernährungspolitisches) Glied der Volksgemeinschaft dieser gegenüber eine große Verantwortung trägt.

Die wenigsten der Berufsgenossen haben sich hierüber besonders Gedanken gemacht und allein betrieblich sich abseits von Stadtpolitik verhalten; zum Schaden des Berufsstandes und des gesamten deutschen Gartenbaus.

Gewiß hat gerade der Gärtner in seiner schweren Arbeit und im Kampf um seine Existenz wenig Zeit gefunden, darüber nachzudenken, besonders aber ist er in seiner Ausbildung nicht hinreichend genug darüber aufgeklärt worden, um so mehr sollte ihm die Not der Zeit klug begreifbar sein, sich den Führern seines Verbands enger anzuschließen und die Organisationsarbeit seiner Berufsgruppen durch seine konstante Mitarbeit zu unterstützen.

Vor allen Dingen liegt die Verantwortlichkeit des Berufsgärtners darin, die Einfuhr der ausländischen Produktion weitgehend zu verhindern. Es ist ungenügend, was der Deutsche alljährlich hingibt für Produkte, die auf deutschem Grund und Boden sehr wohl in ausreichender Menge, in gleicher Qualität erzeugt werden könnten.

Es sind bekannterweise vor allem Blumen, lebende Pflanzen, Obst und Gemüse, also Gartenbauprodukte, die in größeren Mengen heute noch eingeführt werden. Für Millionen Mark wandern einheimische Produkte alljährlich auf den Komposthaufen oder verderben mangels Absatzes in den Gefäßen.

Das Ausland schlägt und fördert seinen Gartenbau, wo es nur kann. Für den deutschen Gartenbau hatte man aber bisher wenig übrig, noch weniger als für die Landwirtschaft. Und doch sind beide Epistaxen Stützpunkte inländischer Ernährung, innerpolitischer Wirtschaftlichkeit.

Sehr viel Schuld trägt aber der deutsche Gärtner selbst, was auf die persönliche, mehr oder weniger gleichgültige und egoistische Haltung, auf das geringe Frach- und Preisbewußtsein zurückzuführen sein dürfte.

So macht man mit dem Gartenbau was man will, und es wäre wirklich einmal Zeit, wenn der

letzte Gärtner sein Interesse durch eifrigste Mitarbeit innerhalb seiner Organisation kund täte.

Es müssen jetzt die Berufsgärtner noch mehr am wirtschaftlichen Aufbau des deutschen Gartenbaus beitragen und aktiv tätig sein.

Die wiederholten gulgemeinten Aufrufe der Fachzeitschriften zeigen, daß endlich der einheitliche Wille zur Mitarbeit an den volkswirtschaftlichen Interessen des gesamten deutschen Gartenbaus erkennbar ist.

Was hat damit aber der Gartenbau für Bewandnisse mit der Stadt?

Es soll vor allen Dingen darauf hingewiesen sein, daß eine Berufsgemeinschaft, wie sie fast jede Stadt besitzt, durch ihren sachpolitischen Einfluß, nicht durch die persönlich-wirtschaftlichen Belange, sondern auch die volkswirtschaftliche Bedeutung und das Berufsangehören erreicht werden muß. Damit kann und muß die Fachgemeinschaft auch die Unterführung der Stadtverwaltung, der Stadtgartenverwaltung erlangen.

Während die Stadtverwaltung selbst mit Steuerumlagen und Mitarbeiterleistungen den Gartenbau unterstützen soll, muß die Stadtgartenverwaltung nicht nur solche Wirtschaftsbegründungen befürworten, sondern muß mit theoretischen und technischen Erfahrungen die Produktionsförderung, die Betriebsvergrößerung der Gartenbaubetriebe anregen und mit ausbauen helfen. Es darf auf keinen Fall der erwerbsfähige und beamtete Gartenfachmann für sich — und so entgegengesetzt — arbeiten, sondern beide müssen entgegenkommend ihre Leistungen, ihre Tätigkeit zu einem Gefüge vereinen. Ein Berufsgesetz schafft Volksgesetze, weiterer Staatsgesetze.

Besonders die Rationalisierung der Gartenbaubetriebe einer Stadt wird sich in erster Linie immer wieder und immer noch in den Vordergrund drängen. Solange aber der Gemüsegärtner sich wie ein müder Maulwurf in seiner Scholle verachtet, solange er betriebswirtschaftliche Erzeugnisse der Wissenschaft und Forschung wenig oder gar nicht beachtet, solange in der besten Berufsgemeinschaft selbst keine Einigung erreicht wird, ... so lange wird der Gartenbau einer Stadtgemeinde nicht die geschätzte wirtschaftliche Stellung einnehmen, die seine volkswirtschaftliche Bedeutung erkennen ließe, und so von Staat und Verwaltung diese fördernde Unterstützung erfahren, deren er so dringend bedarf und deren er würdig wäre.

Also rationale Betriebsführung, Spezialisierung, einheitliche intensive Gartenbauwirtschaft, Vereinigung des Stadtmarktes (somit auch des Großmarkts), Preisbildung gemeinsamer Produkte durch gemeinsame Abgabekontrollen sind es, die dem Gartenbauer einer Stadtgemeinde die betriebswirtschaftliche Bedeutung zu kommen lassen, zum Nutzen des Berufs, der Volks- und nicht zuletzt der Stadtwirtschaft. Die Gartenbaubetriebe von der Zweckmäßigkeit dieser Wirtschaftsweise zu überzeugen und immer wieder davon zu unterrichten, ist in erster Linie Pflicht und Aufgabe der Berufsgemeinschaft des Verbands.

Wenn bisher noch nicht die erwarteten Fortschritte im Gärtnergemeinschaftswesen zu verzeichnen waren, so liegt das einmal daran, daß die Berufsgemeinschaft der Gärtner noch nicht vollkommen den Boden des gemeinsamen Wertens erreicht haben, und auch, daß die Gärtner sich noch nicht vollständig dazu verstehen wollen, ihre gesamte Produktion auf den Markt durch die Fachgemeinschaft zu geben.

Es liegt aber schließlich auch daran, daß den Führern mancher Gärtnergemeinschaften, besonders in den kleinen Städten, die kaufmännischen Fähigkeiten, der Wille und die Fachkenntnisse fehlen. Am Großmarkt zeigen sich augenblicklich sehr deutlich die Wirklungen der jeinerzeit vom Reich gegebenen Gartenbaubetriebe, die bei der Verlegung der Städte mit Gemüse eine große Rolle spielen. Hat der Gärtner davon genügend Gebrauch gemacht oder Gebrauch machen können? Vor allen Dingen sind die Mittel nicht hinreichend genug und dann haben die Betriebe die Berechtigung und den Nachweis der Notwendigkeit oder der hald- und volkswirtschaftlichen Bedeutung nicht einwandvoll genug erbringen können. Das ist ein Risiko, das in Erkenntnis der Schäden die dadurch unüber-

bringliche Vorteile verlieren mußten, die neue Förderung verlangen: Berufs- und Erwerbspolitik in die volkswirtschaftliche Fährfrage einzuschließen und in geschlossener Formation zu erkämpfen.

Aus den Wahrnehmungen einer Fährfrage muß sich dann in kluger Erkenntnis eine Fährfrage herausbilden, die den deutschen Gartenbau wieder anderen Zeiten entgegensteht.

Es wäre wohl ein anderes Bild, wenn man im deutschen Reich den Gartenbau so fördern würde, wie z. B. in Holland oder Italien. Dort heißt es eben konsequenter:

Produktionen, die wir selbst erzeugen können, ist der Zutritt verboten!

Dann brauchen überflüssige Gartenprodukte nicht veräußert zu werden, Werte würden nicht verderben und der Gärtner beläme Gewerbetz, die seiner Arbeitsleistung wirklich entsprächen.

Die Organisation des Reichsverbands des deutschen Gartenbaus mit seinen vielen Ortsgruppen hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder von ihrer volkswirtschaftlichen Berufsbildung zu überzeugen, dafür weiter zu kämpfen und dementsprechend zu führen.

Ich höre jeder Gärtner, jede Berufsgruppe darüber klar, dann besteht keine Gefahr für den Gartenbau, ähnlich der Lage der Landwirtschaft, zu verbleiben. Und so ist es von größter Wichtigkeit für den Gartenbau jeder Stadt, sich in gemeinschaftlicher Tätigkeit eine Berufs- und volkswirtschaftlich starke Bedeutung zu schaffen, betont durch den einheitlichen Willen zur Förderung und zur gesunden Erhaltung des gesamten deutschen Gartenbaus.

Einigkeit — Recht — Freiheit —!

Sepp Rasch.

Was wird nun?

Was wird mit dem deutschen Erwerbsgartenbau, so lautet überall die bange Frage! Wird man uns endlich den Schutz gewähren, den wir bean-spruchen müssen, um überhaupt weiter produzieren zu können? Wie liegen die Dinge denn überhaupt? Wenn ich diese Frage aufwerfe, dann speziell für den Frühgemüsebau in Spezialbetrieben! Im Winter 1932/3 wurden aus Mitteln des Reichsverbands aus eigenen und Bankgeldern die Treibhausanlagen geschaffen, um 1. einen Damm zu errichten gegen die immer größer werdende Ueberflutung der deutschen Märkte mit ausländischen Erzeugnissen, 2. die vielen Millionen deutscher Gelder im deutschen Lande zu erhalten, damit über 4. Millionen deutscher Arbeiter nicht ihr Brot verlieren und 3. die Ernährung des deutschen Volks vom Ausland unabhängig zu machen. Wenn die damalige Reichsregierung mit der Dagebe des Reichsverbands die große Bedeutung des Gartenbaus im allgemeinen und die des Frühgemüsebaus im besonderen, erkannt und geherbet hätte, so ist es für und alle um so unerschütterlicher, warum man all unsern Aufwand an Geld und unendlicher Arbeit nicht weiter unter staatlichen Schutz genommen hätte. Was nützte unter zeitliches Produzieren, wenn nicht zugleich durch geeignete Regierungsmassnahmen das Ueberschäumen der Auslandsware abgedämmt wurde? All die großen Notstandsgesetze der letzten Jahre sind ungehört geblieben, trotz dringenden Vorstellungen unsres Reichsverbands. Dazu kam noch die immer geringer werdende Kaufkraft unsres Volks, so daß wir vor dem Ende stehen. Was nun? Die nationale Erhebung unsres Volks hat uns neue Hoffnung gegeben; wird man uns endlich nach den Besprechungen des früheren Kaisers, Herrn von Papen, den Schutz gewähren, den wir haben müssen, wenn wir weiter gegenüber dem Volk unsere Pflicht erfüllen sollen, es ausreichend mit deutschen Erzeugnissen zu ernähren. Der Landwirtschaft hat man bereits durch grundlegende Maßnahmen neue Lebensmöglichkeiten gegeben. Wir gehören auch dazu und erwarten, daß man unsre Existenzmöglichkeiten überprüft und ebenfalls verbessert. Arbeiten und schaffen können wir und dürfen erwarten, daß deutscher Reich geschützt wird. Wir haben zu unserm Führer und Kanzler Adolf Hitler das tiefste Vertrauen, daß er unsrer Hände Reich nicht als Kompensationsobjekt mit dem